

4221 a

Bericht und Antrag des Regierungsrates an den Kantonsrat zum Postulat KR-Nr. 329/2001 betreffend keine ÖV-Finanzierung mit Strassengeldern

(vom)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Antrag des Regierungsrates vom 17. November 2004 und in denjenigen der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 22. März 2005,

beschliesst:

I. Der Regierungsrat wird zur Verfassung eines Ergänzungsberichts bis spätestens sechs Monate nach Verabschiedung des Geschäftes im Kantonsrat eingeladen.

Der Bericht soll Folgendes umfassen:

- Darstellung der gesetzlichen Grundlagen und der Zuständigkeiten (Bund, Kanton, Gemeinden) zu den Finanzierungsströmen im Strassenbereich,
- Kostenteiler und Auswirkungen der vom Volk beschlossenen NFA auf diese Finanzierungselemente sowie der Einfluss auf die laufenden Projekte (IVM, Agglomerationsverkehr usw.) sollen aufgezeigt werden.

II. Mitteilung an den Regierungsrat.

* Die Kommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Sabine Ziegler, Zürich (Präsidentin); Peter Anderegg, Dübendorf; Esther Arnet, Dietikon; Rita Bernoulli, Dübendorf; Ernst Brunner, Illnau-Effretikon; Marcel Burlet, Regensdorf; Reto Cavegn, Oberengstringen; Gerhard Fischer, Bärenswil; Heinrich Frei, Kloten; Willy Germann, Winterthur; Lorenz Habicher, Zürich; Hanspeter Haug, Weiningen; Ruedi Lais, Wallisellen; Luzius Rüegg, Zürich; Dr. Jürg Stünzi, Küssnacht; Sekretärin: Dr. Franziska Gasser.

Begründung

In der Beratung der Vorlage 4221 zum Postulat KR-Nr. 329/2001 wurde der vorberatenden Kommission seitens der Baudirektion eine entsprechende Berichterstattung zum überwiesenen Postulat und zur Verkehrsrichtplanvorlage (Vorlage 4222) auf den Sommer 2005 versprochen. Mit dem Antrag auf einen Ergänzungsbericht wird dem versprochenen Vorhaben der benötigte politische Rückhalt gegeben.

Zürich, 22. März 2005

Im Namen der Kommission
für Energie, Verkehr und Umwelt

Die Präsidentin:
Sabine Ziegler

Die Sekretärin:
Dr. Franziska Gasser